

RECHT & STEUERN

NEWSLETTER



Deutsch-Brasilianische
Industrie- und Handelskammer
Câmara de Comércio e Indústria
Brasil-Alemanha



ROTHMANN
ADVOGADOS



Rödl & Partner

Stüssi-Neves
Advogados



Zilveti
ADVOCADOS

SONIA MARQUES
DÖBLER Advogados

INHALT

I.	DIE EINSTELLUNG VON SELBSTÄNDIGEN UND ANDEREN FREIBERUFLERN MIT BERUFS AUSÜBUNGSREGELUNG NACH DEN DURCH DIE VORLÄUFIGE MAßNAHME 808/17 EINGEFÜHRTEN ÄNDERUNGEN – RECHTLICHE AUSWIRKUNGEN	
	Florence² & Advogados	
	Fernando Florence	4
II.	DER ERWERB VON GRUNDEIGENTUM IN BRASILIEN, WENN DIE VERKÄUFER IN EINER LEBENSGEMEINSCHAFT (UNIÃO ESTÁVEL) LEBEN	
	Anaya Sociedade Individual de Advocacia	
	Dr. Beat W. Rechsteiner, LL.M.	6
III.	ANGEL INVESTMENT IN BRAZILIAN STARTUPS – RECENT DEVELOPMENTS	
	ROTHMANN, SPERLING, PADOVAN, DUARTE ADVOGADOS	
	Camila Machado de Assunção and Arthur Muniz Barreto	8
IV.	BRASILIANISCHES MIGRATIONSSZENARIO NACH DER VERABSCHIEDUNG DES NEUEN MIGRATIONSGESETZES (LEI FEDERAL N° 13.445/2017)	
	EMDOC	
	Tatiana Maria Gaia Prado	11
V.	BRAZILIAN TAX ASPECTS ON IMPORT OF SERVICES	
	Pacheco Neto Sanden Teisseire Advogados	
	Marília Pukenis Tubelis	15
VI.	CPC 47: NEW ACCOUNTING REVENUE RECOGNITION RULES AND ITS TAX IMPACTS	
	Rödl & Partner	
	Philipp Klose-Morero, Michael Löb and Karen Steuer	17
VII.	DIE UNSICHERHEIT BLEIBT: KEINE ÜBERPRÜFUNG DER ENTSCHEIDUNGSLEITSÄTZE DURCH DAS TST (BRASILIANISCHES BUNDESARBEITSGERICHT) UND ANDERER OFFENER FRAGEN VOR DEM HINTERGRUND DER ARBEITSRECHTSREFORM	
	Stüssi-Neves Advogados	
	Maria Lúcia Menezes Gadotti	20
VIII.	BRASILIANISCHE KREDITSICHERHEITEN BEI INTERNATIONALEN KREDITGESCHÄFTEN	
	Machado Associados	
	Renata A. Pisaneschi and Mirella da C. Andreola de Almeida	23
IX.	ATTORNEY-GENERAL OFFICE OF THE NATIONAL TREASURY CHANGES COLLECTION METHODS OF BRAZILIAN FEDERAL TAX DEBTS	
	Zilveti Advogados	
	Daniel Nocetti, Luís Eduardo Queiroz	26
X.	THE APPLICATION OF CONFIDENTIALITY AGREEMENTS IN LABOR RELATIONS	
	Sonia Marques Döbler Advogados	
	Fabiana Nitta, Camila Machado and Cintia Busse	28



Fernando Florence
Advogado
fernando.florence@f2law.com
M (+55) 11 98388 8354

Florence² & Advogados
Rua Ceará, 124
01243-010 – Consolação
São Paulo/SP
T (+55) 11 3662 3884
F (+55) 11 2476 2431
www.f2law.com



FLORENCE² & ADVOGADOS

Die Einstellung von Selbständigen und anderen Freiberuflern mit Berufsausübungsregelung nach den durch die Vorläufige Maßnahme 808/17 eingeführten Änderungen – rechtliche Auswirkungen

Mit dem Ziel, den Arbeitsverhältnissen mit Selbständigen eine größere rechtliche Sicherheit zu verleihen, brachte die Vorläufige Maßnahme Nr. 808 vom 14. November 2017, die bereits in Kraft ist, verschiedene bedeutende Änderungen in den Arbeitsbeziehungen zwischen dem freiberuflich Tätigen, einer natürliche Person, die auf eigene Kosten und Risiko für eine andere natürliche oder juristische Person ohne Verhältnis der Unterordnung Dienstleistungen erbringt, und dem Dienstleistungsnehmer.

Die erste wichtige Änderung behandelt das Verbot der Verpflichtung eines Selbständigen mit einer Exklusivitätsklausel. Somit müssen mit Wirkung vom 14/11/2017 sämtliche Arbeitsverträge zwischen Selbständigen und Dienstleistungsnehmern ohne den Einschluss einer Exklusivitätsklausel abgeschlossen werden (§ 1. des Artikels 442-B des Arbeitsgesetzbuches-CLT eingefügt durch Vorläufige Maßnahme (MP) 808/17).

Über das ausdrückliche Verbot der Verpflichtung eines Selbständigen mit Exklusivitätsklausel hinaus bestimmt die diesbezügliche Vorläufige Maßnahme ebenfalls die Nicht-Einstufung als Arbeitsverhältnis, welches gekennzeichnet ist durch die Unterordnung und den Erhalt eines Gehalts, selbst wenn der Selbständige seine Dienstleistungen nur einem einzigen Dienstleistungsnehmer erbringt (§ 2. des Artikels 442-B des Arbeitsgesetzbuches-CLT eingefügt durch Vorläufige Maßnahme (MP) 808/17).

Auch wenn die Dienstleistungen des Selbständigen nur an einen einzigen Dienstleistungsnehmer erbracht werden, kann gegenüber dem Arbeitsgericht nicht die Anerkennung der Eigenschaft eines Arbeitsverhältnisses geltend gemacht werden unter Berufung auf die Exklusivität, da der Vertrag keine Verpflichtung zur Exklusivität beinhaltet. Die Eigenschaft als Arbeitnehmer kann lediglich dann geltend gemacht werden, wenn Beweise vorliegen, dass der Selbständige seine Aktivität mittels eines Arbeitsverhältnisses ausgeübt hat.

Ein anderer Aspekt, der die Absicht des Gesetzgebers bekräftigt, den Verträgen mit Selbständigen eine größere rechtliche Sicherheit zu verleihen, ist die Möglichkeit der Ablehnung einer vom Dienstleistungsnehmer geforderten Aktivität, auch wenn der Selbständige seine Dienstleistungen an nur einen Dienstleistungsnehmer erbringt. Unter dieser Voraussetzung ist der verpflichtete Selbständige lediglich den Bestimmungen des Vertrags unterworfen.

Als Folge dieser Änderungen ist zu bemerken, dass natürliche und juristische Personen, die beabsichtigen, eine natürliche Person zur Erbringung von Dienstleistungen in der Eigenschaft eines Selbständigen einzustellen, und zwar nach den Bestimmungen, die im ersten Absatz oben genannt sind, einen größeren Rechtsschutz genießen.

Weiterhin fügte die Vorläufige Maßnahme Nr. 808/17 dem Artikel 442-B des Arbeitsgesetzbuches-CLT den § 5. hinzu, der bestimmt, dass andere Beschäftigte, wie z.B. Handelsvertreter und Immobilienmakler, deren Berufsausübung durch spezifische Gesetze geregelt ist, die vereinbar sind mit der Aktivität von Selbständigen, ebenfalls nicht die Eigenschaft eines Arbeitnehmers innehaben, sofern nicht ein Arbeitsverhältnis vorliegt (Unterordnung und Erhalt von Gehalt).

Wenn beispielsweise ein Handelsvertretungsvertrag ausdrücklich die Selbstverwaltung in der Ausübung der Tätigkeit vorsieht und keine Abweichung vom Zweck des Dienstleistungsvertrages vorhanden ist, kann der Handelsvertreter nicht das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses behaupten.

Angesichts dieser Änderungen können die Unternehmen bei der Verpflichtung irgend eines Freiberuflers, sei es mit reglementierter Berufsausübung oder nicht, der unter den Begriff des Selbständigen fällt, mit einer höheren Rechtssicherheit rechnen, sofern die im Vertrag festgelegten Bedingungen eingehalten werden und nicht eine rechtliche Unterordnung gekennzeichnet ist.

Florence² & Advogados
Rua Ceará, 124
01243-010 – Consolação
São Paulo/SP
T (+55) 11 3662 3884
F (+55) 11 2476 2431
www.f2law.com



FLORENCE² & ADVOGADOS



Dr. Beat W. Rechsteiner, LL.M.,
Rechtskonsulent und Rechtsanwalt,
bwr@raanaya.com.br

**Anaya Sociedade
Individual de Advocacia***
Al. Santos, 880
Ed. Paulista Atrium, cj. 31
01418-100
São Paulo/SP
T (+55) 11 3149 6700
F (+55) 11 3284 6509
www.raanaya.com.br



Der Erwerb von Grundeigentum in Brasilien, wenn die Verkäufer in einer Lebensgemeinschaft (união estável) leben

Vor einem Erwerb von Grundeigentum in Brasilien sind durch den Erwerber mannigfaltige sorgfältige rechtliche Abklärungen zu treffen. Damit wird beabsichtigt, mögliche Risiken für den Erwerber frühzeitig zu erkennen, um künftigen Schaden abzuwenden.

Handelt es sich bei den Verkäufern um Personen, welche in einer Lebensgemeinschaft (união estável) leben, ist diesem Sachverhalt dabei die erforderliche Beachtung zu schenken.

Bei formell verheirateten Personen schreibt das Gesetz vor, dass beide Ehegatten einem Verkauf von Grundeigentum zustimmen müssen, es sei denn sie leben unter dem Güterstand der vertraglich vereinbarten Gütertrennung, wie der STJ (Superior Tribunal de Justiça) bestätigt hat.

In Lehre und Rechtsprechung ist umstritten, ob die gleiche Vorschrift auch auf Personen anzuwenden ist, welche in einer Lebensgemeinschaft (união estável) verbunden sind. Diese Rechtsfrage hat der STJ (Superior Tribunal de Justiça) jedoch schon im bejahenden Sinne entschieden. Er vertritt die Auffassung, dass die Gesetzesvorschrift, welche sich ausdrücklich nur auf formell verheiratete Personen bezieht, analog auch Personen in einer Lebensgemeinschaft (união estável) miteinbezieht.

Im Gegensatz zur formell geschlossenen klassischen Ehe, welche beim zuständigen Zivilstandsregisteramt eingetragen ist, werden in Brasilien auch Lebensgemeinschaften als uniões estáveis anerkannt, welche nicht einmal auf einer schriftlichen Vereinbarung beruhen, sondern formlos begründet und in kein Register eingetragen werden. Solche Lebensgemeinschaften kommen in der Praxis sehr häufig vor.

Vielfach ist es einer Lebenspartnerin oder einem Lebenspartner während der Dauer ihrer Lebensgemeinschaft gar nicht bewusst, dass sie in einer união estável leben. Erst wenn diese auseinandergeht, besteht für beide Parteien ein klagbares Recht, diese gerichtlich feststellen und ebenso die daraus abzuleitenden Rechte und Verpflichtungen verbindlich bestimmen zu lassen.

Wird eine união estável aufgelöst, sind ebenfalls die güterrechtlichen Fragen zu regeln. Nach dem Gesetz unterstehen beide Parteien bei einer união estável genau gleich wie bei einer formell geschlossenen Ehe dem gesetzlichen Gü-

terstand der beschränkten Gütergemeinschaft (regime da comunhão parcial de bens), sofern von ihnen keine abweichende schriftliche Regelung getroffen worden ist. In der Praxis unterliegt die weitaus größte Zahl der uniões estáveis dem Güterstand der beschränkten Gütergemeinschaft (regime da comunhão parcial de bens). Nach diesem Güterstand werden beide Parteien grundsätzlich Miteigentümer zu gleichen Teilen, wenn eine Immobilie während des Bestehens der união estável entgeltlich erworben wird. Dabei ist es unerheblich, dass lediglich eine der Parteien im Grundbuch (registro de imóveis) als Eigentümer eingetragen und die Immobilie nur im Namen von einer der Parteien erworben worden ist.

Wenn die Lebensgemeinschaft (união estável) nicht dokumentiert ist und der Erwerber beim Kauf von Grundeigentum von deren Bestehen keine Kenntnis hat, stellt sich die Rechtsfrage, welche Rechtswirkungen das dem Kauf zugrundeliegende Rechtsgeschäft hat, wenn die erforderliche Zustimmung dazu durch die Lebenspartnerin oder den Lebenspartner ausgeblieben ist.

Diese Rechtsfrage hat der STJ (Superior Tribunal de Justiça) vor kurzem entschieden. Er ist zum Schluss gekommen, dass der gutgläubige Erwerber in diesen Fällen zu schützen ist. Mit anderen Worten kann das abgeschlossene Rechtsgeschäft nicht mehr in Frage gestellt werden, wenn der Erwerber nicht wusste und bei Anwendung der gebotenen Vorsicht auch nicht wissen konnte, dass die Verkäufer in einer Lebensgemeinschaft (união estável) leben.

Bei einem Kauf von Grundeigentum empfiehlt es sich aber auf jeden Fall, beim Verkäufer nachzufragen, ob er in einer união estável lebt, unabhängig davon, welcher Zivilstand in seinen amtlichen Papieren aufgeführt ist. Bei der öffentlichen Beurkundung des Kaufvertrages vor dem Notar sollte zudem darin festgehalten werden, ob der Verkäufer in einer Lebensgemeinschaft (união estável) lebt oder nicht. Wenn eine união estável vorliegt, haben beide Parteien dem Verkauf zuzustimmen, falls zwischen ihnen nicht der Güterstand der vertraglichen Gütertrennung vereinbart worden ist.

Abschließend bleibt die Frage zu beantworten, was die beim Verkauf übergangene Lebenspartnerin oder der übergangene Lebenspartner im Falle einer nicht erteilten Zustimmung dagegen unternehmen kann. Nach der Rechtsprechung des STJ (Superior Tribunal de Justiça) kann die betroffene Lebenspartnerin oder der betroffene Lebenspartner gegenüber dem bzw. der anderen auf Schadenersatz klagen, wenn infolge der nicht erteilten Zustimmungserklärung ein Schaden entstanden ist.

* Autor der Publikation *“So geht’s Familien- und Erbrecht in Brasilien”*

**Anaya Sociedade
Individual de Advocacia***
Al. Santos, 880
Ed. Paulista Atrium, cj. 31
01418-100
São Paulo/SP
T (+55) 11 3149 6700
F (+55) 11 3284 6509
www.raanaya.com.br





Camila Machado de Assunção
cassuncao@rothmann.com.br



Arthur Pereira Muniz Barreto
abarreto@rothmann.com.br

**Rothmann, Sperling Padovan,
Duarte Advogados***
Av. Nove de Julho, 4.939, 6º andar
01407-200 – Jardim Paulista
São Paulo/SP
T (+55) 11 3704 0788
www.rothmann.com.br

ROTHMANN
ADVOGADOS

Angel Investment in Brazilian Start-ups – Recent Developments

In the end of 2016, a new regulation filled small companies with the hope of attracting new investments. By means of Complementary Law No. 155/2016, the Brazilian government finally established the first legal framework for the so-called angel investments in small and micro enterprises (pequenas e micro empresas), a short-term type of investment which targets newly formed start-ups or entrepreneurs in need of funds to promote innovative and disruptive activities. The “angel investor” offers not only the money needed to “boost” the business, but also the market knowledge, networking and business experience, adding value to his participation in the enterprise.

Angel investments became popular in Brazil in the past years, with some relevant results, considering that this is a cheaper funding alternative when compared, for example, to traditional credit granted by banks, which are subject to high interest rates (and which may not even be available to small market players).

However, even with Complementary Law No. 155/2016, it was still unclear how to properly treat the angel investment from a tax perspective. The characteristics of the angel investment make it hard to define its legal nature, and recent studies from scholars raise intense debate on whether it should be leveled as capital injection (case in which the remuneration would be treated as dividends for tax purposes) or as a loan (allowing payment of interests to the investor).

The referred-to Complementary Law defined an angel investment as a Participation Agreement (Contrato de Participação) by means of which the investor grants the funding to the new business without receiving shares or quotas in the corporate capital of the invested company. Accordingly, article 61-A allows the “corporate injection, which shall not become corporate capital of the company”, and also provides that the investor “shall not be liable for any debt of the company”.

These provisions aim at shielding the angel investor from the company’s debts, bankruptcy and other risks typically borne by shareholders of Brazilian companies. Specifically, the law indicates that the hypotheses of piercing the corporate veil as provided for in art. 50 of the Brazil Civil Code do not apply to angel investors.

Despite that, the law gives certain rights to the angel investment that are typical of those of shareholders, such as the preemption right in case of sale of any corporate participation by the shareholders of the invested company, the right for the angel investor to tag along in the case of sale of equity by

the shareholders of the invested company, the need that the shareholders approve a transfer of the investment to third parties, as well as the obligation that the angel investment be kept in the company for at least two years.

Complementary Law No. 155/2016 establishes a maximum term of five years for payment of profits to the angel investor, which is limited to a maximum of 50% of the profits of the period. However, as mentioned above, the law did not establish enough guidelines on how to treat, for tax purposes, those payments to the angel investor, attributing to the Ministry of Finance the attribution to regulate the matter.

Accordingly, questions arise also from the fact that Complementary Law No. 155/16 modified the currently existing Complementary Law that deals with taxation of small and micro companies (No. 123/06) and which is a law of tax nature, not of a civil nature.

Considering this scenario, and aiming at defining how to tax the compensation arising from angel investments, the Brazilian Federal Revenue enacted Normative Ruling No. 1,719, dated July 19, 2017, which defined that the payments to the angel investor be taxed as follows:

- At a 22.5% rate for participation agreements with a term up to 180 days;
- At a 20% rate for participation agreements with a term between 181 and 360 days;
- At a 17.5% rate for participation agreements with a term between 361 and 720 days; and
- At a 15% rate for participation agreements with a term higher than 720 days.

This “regressive taxation”, based on the agreement term, is the same treatment applicable to domestic loans and financial applications (please note that even the rates are the same), meaning that, according to tax authorities’ interpretation, the payments to the angel investor are treated like interest - and not dividends (which are tax exempt) - for tax purposes, despite the fact that the angel investment is a productive investment.

Also, criticism can be made in relation to the application of a source taxation, as it discourages angel investments, in total opposition to the goals of Complementary Law No. 155/16 of fostering angel investments. Some scholars argue that the invested company pays profits connected to an investment to the investor, thus they should be treated as dividends.

Moreover, the regressive taxation applies to the redemption of the angel investment, being calculated over the positive difference (gain) between the recovered amount and the original investment - the same taxation applied in case of sale of shareholders’ stakes (i.e. capital gains taxation). This is very controversial,

**Rothmann, Sperling Padovan,
Duarte Advogados***
Av. Nove de Julho, 4.939, 6º andar
01407-200 – Jardim Paulista
São Paulo/SP
T (+55) 11 3704 0788
www.rothmann.com.br

ROTHMANN
ADVOGADOS

Rothmann, Sperling Padovan,
Duarte Advogados*
Av. Nove de Julho, 4.939, 6º andar
01407-200 – Jardim Paulista
São Paulo/SP
T (+55) 11 3704 0788
www.rothmann.com.br

ROTHMANN
ADVOGADOS

considering that the main amount invested itself is only updated by inflation indexes (which merely restores capital power over inflation), the consequence of this provision is the undue taxation over amounts that are not income accrued by the investor.

And the tax issues continue: if the angel investor transfers the investment to third parties, for example, the potential gain arising from this transaction shall also be subject to the regressive taxation, which rule is incompatible with usual capital gains taxation, for instance.

All the elements discussed above demonstrate that Complementary Law No. 155/16 created a hybrid mechanism to fund small and micro companies, similarly to other cases set forth in tax legislation, such as the so-called “interests on equity”, which are a type of remuneration based on profits, but limited to the variation in the official long-term rate (TJLP) and taxed at source (similarly to interests). The creation of hybrid debt-equity instruments in tax law is not unprecedented.

Nevertheless, by granting to earnings arising from angel investments a tax treatment usually applicable to loans and financial investments, we fear that Brazilian authorities might be discouraging angel investments, which is contrary to the goals of the Complementary Law No. 155/16.

* Autor der Publikation *So geht's im Internationalen Steuerrecht Brasiliens (zu)*

Brasilianisches Migrationsszenario nach der Verabschiedung des neuen Migrationsgesetzes (Lei Federal nº 13.445/2017)

Brasilianische Experten für den Ausbürgerungs- und Migrationsbereich stehen heute vor einer großen Änderung der brasilianischen Rechtsordnung im Hinblick auf migratorisch-juristische Aspekte. Grund für dieses Szenario ist das am 24. 05. 2017 verabschiedete Migrationsgesetz (Lei de Migração nº 13.445/2017), das allerdings aufgrund der Vakanz von 180 (einhundertachtzig) Tagen erst am 21. 11. 2017 in Kraft trat.

Das Gesetz schafft ein neues Panorama für den Migrationsprozess im Land. Dabei wurden große und einschneidende Veränderungen durchgeführt, neue Konzepte formalisiert, alte Visamodalitäten aufgehoben und durch neue ersetzt, Fristen und Bedingungen modifiziert. Der Migrant wird mit brasilianischen Bürgern gleichgestellt, die Gesetzgebung ist im Hinblick auf die Aufnahme von Migranten umfassender und offener geworden, ihre Rechte wurden erweitert – kurzum, wir erleben einen Augenblick großer Veränderungen.

Zusätzlich zu diesen umfassenden Neuigkeiten des am 21. 11. 2017 in Kraft getretenen Gesetzes wurde ein Dekret (Decreto nº 9.199/2017) veröffentlicht, das den größten Teil der neuen Abläufe regelt, wobei in speziellen Fällen bereits neue normative Resolutionen gelten und den Migrationsprozess begleiten (nur einige Themen wurden noch nicht formalisiert).

Zusammengefasst haben wir heute ein neues Migrationsgesetz, ein neues Regulierungsdekret und neue normative Resolutionen für spezifische Prozesse im Bezug auf die Aufenthaltsgenehmigung, die gemäß der vom Migrant im Land ausgeübten Tätigkeit (Arbeit) festgelegt wird.

Im Kontext dieser Änderungen und neuen Normen möchte ich nachfolgend auf einige wichtige Punkte mit unmittelbaren Auswirkungen hinweisen.

Was unternehmerische Aspekte betrifft, können wir feststellen: die heute am häufigsten ausgestellten Passvermerke sind **Besuchsvisa** (unterteilt in Tourismus- und Geschäftsvisa) und zeitlich befristete Visa, die entsprechend der in Brasilien ausgeübten Tätigkeiten in eine Reihe von Modalitäten unterteilt sind.

Aus der Einführung einer einzigen Modalität für den Fall eines arbeitsbedingten Aufenthalts (zeitlich befristetes Visum) ergab sich die Abschaffung des Dauervisums. Das Dauervisum war immer ein wichtiges Dokument für die verschie-



Tatiana Maria Gaia Prado
Anwältin, Spezialistin für Migrationsrecht und Teilhaberin von EMDOC Serviços Especializados

EMDOC*
R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7898
www.emdoc.com



EMDOC*

R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7800
www.emdoc.com



denen ausländischen Berufstätigen mit repräsentativen Funktionen, für die von ihnen rechtlich abhängigen Personen sowie für von Brasilianern rechtlich abhängige Migranten (Kinder / Partner / Ehemänner und -frauen).

In der neuen Migrationsverordnung gibt es jedoch nur noch folgende Visa-modalitäten: (i) Besuchsvisum, (ii) zeitlich befristetes Visum, (iii) diplomatisches Visum, (iv) offizielles Dienstvisum und (v) Konzilianzvisum.

Das bedeutet, dass der neuen Gesetzgebung zufolge alle Migranten, die aus beruflichen Gründen nach Brasilien kommen, die von ihnen rechtlich abhängigen Personen sowie von Brasilianern rechtlich abhängige Migranten ein zeitlich befristetes Visum gemäß der neuen Richtlinien des Migrationsgesetzes benötigen.

Aber das ist nicht alles, ein weiterer wichtiger Punkt ist das neue **Aufenthaltskonzept**, das im bisherigen Ausländerstatut nicht existierte. Heute wird der Verbleib eines Migranten in Brasilien durch die genehmigte Aufenthaltsdauer bestimmt, das heißt, die alte Auffassung über die Rolle eines Visums wird zweitrangig. Die einzige Funktion des Visums liegt darin, den Eintritt des Migranten zu ermöglichen, das heißt, das zeitlich begrenzte Visum dient nur zur Einreise des Migranten nach Brasilien. Wenn er sich schon im Land aufhält, wird sein Verbleib über die genehmigte Aufenthaltsdauer kontrolliert.

In diesem Sinne kann der Migrant, ausgehend von den zusammengefassten Voraussetzungen, seinen Aufenthalt in Brasilien oder vom Ausland aus beantragen – dem alten Statut zufolge war es dem Migranten nicht gestattet, seine Aufenthaltssituation erst zu regeln, wenn er sich bereits auf nationalem Territorium befand. Folglich liegt die große Errungenschaft in der Möglichkeit, die Aufenthaltsgenehmigung ausgehend von der Situation, in der sich der Migrant bereits in Brasilien befindet, zu beantragen, was den Prozess deutlich abkürzt und Kosten für die Unternehmen einspart.

Eine neu geschaffene Aufenthaltsmodalität, die eine besondere Erwähnung verdient, ist die Koppelung an eine **relevante Tätigkeit** auf wirtschaftlichem, sozialem, wissenschaftlichem, technologischem oder kulturellem Gebiet – detaillierte Abwicklungsrichtlinien werden noch von den zuständigen Instanzen ausgearbeitet. Jedenfalls sollen mit dieser Maßnahme relevante Aktivitäten, die der Entwicklung des Landes zugutekommen, erleichtert und gefördert werden – ein sicherlich positiver Beitrag für die Entwicklung in wichtigen Bereichen auf nationaler Ebene.

In diesem Sinne ist auch die **Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte für strategische Bereiche** der nationalen Entwicklung oder mit einem Mangel an kompetenten Fachleuten zu bewerten. Die zuständigen Instanzen verfassten hierzu Normen, um Arbeit unter diesen Voraussetzungen zu erleichtern, was ebenfalls die Bemühungen des Gesetzgebers unterstreicht, alle Hindernisse für den Eintritt ausländischer Arbeitskräfte, die der Entwicklung unseres Landes förderlich sind, zu beseitigen.

Was den **humanitären** Aspekt betrifft, gibt es neben der Aufnahme aus humanitären Gründen die Aufenthaltsregelung für Migranten zum Schutz von Staatenlosen, politischen Asylanten und Flüchtlingen sowie für unbegleitete oder verwaiste ausländische oder staatenlose Kinder und Jugendliche, die an Einreisepunkten der brasilianischen Grenze oder auf nationalem Gebiet angehalten werden. Für alle obengenannten Fälle müssen alle Regeln und Bestimmungen für den jeweiligen Aufenthaltsantrag respektiert werden.

Eine polizeiliche Registrierung bei der Polícia Federal ist nach wie vor für die meisten obengenannten Modalitäten erforderlich, allerdings gelten neue Fristen: 90 (neunzig) Tage nach der ersten Einreise für Migranten, die ihren Aufenthaltsantrag im Voraus gestellt haben und 30 (dreißig) Tage für Migranten, die ihren Aufenthaltsantrag gestellt haben, als sie sich bereits auf brasilianischem Boden befanden. An dieser Stelle ist der Hinweis wichtig, dass der frühere Personalausweis für Ausländer RNE (Registro Nacional de Estrangeiro) durch den neuen CRNM (Carteira de Registro Nacional Migratório) ersetzt wurde.

Ein anderer wichtiger Aspekt der neuen Gesetzgebung sieht die **elektronisch integrierte Kontrolle** der mit dem Visumsantragsprozess verbundenen Datenbestände, eine Einreisekontrolle sowie eine Aufenthaltsregistrierung und -genehmigung vor. Auf diese Weise soll die Einreisekontrolle mit immer größerer Präzision durchgeführt werden, wobei das Justizministerium, das ausländische Amt und das Arbeitsministerium in diesem System eingebunden sind. Unternehmen und Migranten müssen sich also mit großer Sorgfalt um genaue Informationen und die erforderliche Einhaltung der neuen Regeln kümmern.

Schließlich soll auch die Frage von **Verstößen und Bestrafungen** im direkten Zusammenhang mit dem brasilianischen Migrationsprozess erörtert werden. Einerseits, weil das Gesetz (Lei nº 13.455/2017) eine neue Strafregelung für die sogenannte „Förderung der illegalen Einwanderung“ schafft, die auch bereits im Strafgesetz aufgenommen wurde und Strafen für diejenigen vorsieht, die jegliche Art von illegaler Einwanderung von Migranten auf brasilianischen Boden oder von Brasilianern ins Ausland fördern, mit dem Ziel, daraus wirtschaftliche Vorteile zu ziehen.

Andererseits sind in diesem Gesetz, parallel zu den Strafmaßnahmen, auch administrative Sanktionen vorgesehen, die im Dekret ratifiziert sind. Im Hinblick auf die **administrativen Sanktionen**, sollte darauf hingewiesen werden, dass diese sowohl bei natürlichen Personen (Migranten) als auch bei juristischen Personen (Unternehmen) angewendet werden können. Für eine **natürliche Person** wurde der Mindestbetrag für eine Geldstrafe auf R\$ 100,00 (hundert Reais) und der Höchstwert auf R\$ 10.000,00 (zehntausend Reais) festgelegt. Für eine juristische Person liegen die entsprechenden Mindest- und Höchstbeträge bei R\$ 1.000,00 (tausend Reais) bzw. bei R\$ 1.000.000,00 (eine Million Reais).

EMDOC*

R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7800
www.emdoc.com



EMDOC*

R. Luís Coelho, 308
01309-000 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3405 7800
www.emdoc.com



Beim Strafmaß werden allerdings **Wiederholungsfälle** (wobei sich der Wert verfünffachen kann) und die **wirtschaftliche Lage** der Betroffenen berücksichtigt. Die Strafe kann bis zum Höchstbetrag erhöht werden, wenn die zuständige Instanz versteht, dass der Mindestwert keine angemessene Bestrafung darstellt.

Für alle obengenannten Informationen gilt, dass wir im Hinblick auf den Migrationsprozess in Brasilien eine neue Ebene erreicht haben, sei es in terminologischer oder in verfahrenstechnischer Hinsicht. Jedenfalls sind alle Veränderungen für die Entwicklung und die Verbesserung des brasilianischen Migrationsprozesses von einzigartiger Wichtigkeit. Andererseits ist, unter Berücksichtigung der Relevanz des Themas und der Form, wie es geregelt wurde, sicherlich mit direkten Auswirkungen auf die einzelnen Migrationsprozesse zu rechnen. Folglich liegt in einer vorzeitigen Planung der Schlüssel zur erfolgreichen Implementierung der neuen Regeln in den Unternehmen, um die notwendigen Adaptionen ruhig und sicher durchführen zu können und auf diese Weise Compliance-Risiken, Schäden für das Firmenimage und administrative Verstöße zu vermeiden.

* Autor der Publikation *“So geht’s Ihr Visum in Brasilien”*

Brazilian tax aspects on Import of services

Brazilian tax system is very complex as it encompasses several taxes in different levels: Federal, State and Municipal. Additionally, tax authorities also created many ancillary obligations, what brings more complexity to the whole tax system in Brazil.

Moreover, the number of taxes also adds costs to certain transactions that, in some cases, gives rise to adjustment of prices or even implementation of alternative structures. One good example of high tax burden is import of services from Brazil.

The import of services from Brazil – with or without transference of technology – will trigger 5 different taxes, as follows:

1 - WHT (Withholding Income Tax): it is a Federal tax due on remittances of funds regarding the payment of imported services. The general WHT rate is 15% which is increased to 25% if the beneficiary is situated in a tax haven jurisdiction. The goal to fix a standard minimum rate and inhibit granting tax exemptions and benefits is to avoid the dispute of tax collection among Municipalities.

It is also important to verify if the cross border transaction will be in the context of a Tax Treaty to Avoid Double Taxation (Tax Treaty) signed between Brazil and the jurisdiction that the service is situated, as the tax treaty may provide for a different WHT rate.

The WHT rate applicable to service providers situated in Germany is 15%, as the Tax Treaty signed between Brazil and Germany ceased its effects in 2006.

Additionally, the Brazilian tax authorities understand that in transactions involving Brazil and some specific jurisdictions the remittance of funds regarding services should fall into article 7 of the Tax Treaty and, thus, should not be subject to WHT. The Tax Treaty that falls into the WHT exemption based on the interpretation abovementioned is Austria, for example.

2- CIDE (Contribution for the Intervention in the Economic Domain): it is a Federal Contribution due on amounts remitted abroad in relation to technical services, administrative, assistance and similar services at a 10% rate and represent a cost for the Brazilian importer. Brazilian tax authorities tend to classify almost all kind of services as technical, despite the fact there is – or not – transference of technology;



Marília Pukenis Tubelis
mtubelis@pnst.com.br

Pacheco Neto Sanden Teisseire Advogados*

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br



Pacheco Neto Sanden Teisseire
Advogados*

Al. Franca, 1050 - 3-11 andar
01422-001 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3897 4400 / 3063 6177
F (+55) 11 3063 6176
www.pnst.com.br



3- PIS on imports and COFINS on imports: these two Federal taxes have the same triggering even: import of services and the combined rate is 9.25%. The basis of calculation is obtained using one formula defined by law, but it represents, generally speaking, the service imported before ISS and WHT;

4- ISS (Service Tax): it is a Municipal tax due on imported service and the applicable rate varies from 2% up to 5%, depending on the service rendered and the Municipality that the Brazilian importer is situated.

5- IOF (Financial Transaction Tax): it is due on the foreign exchange transaction involving the remittance of funds regarding the payment of the imported services and the rate applicable nowadays is 0.38%. Such tax federal tax shall be calculated and collected by the financial institution responsible for the foreign exchange transaction and shall represent a cost of the transaction for the Brazilian company.

The total tax burden, as a consequence, may vary from 21.63% (WHT exempt, CIDE, PIS Import, COFINS Import, ISS at 2% and IOF) up to 49.63% (WHT at 25%, CIDE, PIS Import, COFINS Import, ISS at 5% and IOF).

Besides the abovementioned taxes, the Brazilian importer would also need to comply with other tax rules, such as limits involving deductibility of service expenses for corporate income taxes which differ depending on the service imported and also involving transfer pricing rules, for example.

Additionally, the parties involved in the rendering of services will also need to verify if the registration of the service agreement with the Brazilian Patent and Trademark Office (INPI) is needed.

International cost sharing agreements are generally treated, for tax purposes, as an international service agreement, subject to some of the tax impacts abovementioned.

As a conclusion, before implementing services agreements or even cost sharing agreements having a Brazilian party involved, it is recommendable to analyze and measure the Brazilian tax impacts in order to avoid unforeseen economic impacts.

* Autor der Publikation *So geht's die Limitada in Brasilien*

CPC 47: New accounting revenue recognition rules and its tax impacts

Brazil amended the Brazilian accounting rules in 2007 when enacted Law # 11.638/2007, bringing harmonization of the Brazilian generally accepted accounting rules (BR GAAP) with the International Financial Reporting Standards (IFRS).

In order to standardize the rules that were being introduced from 2008 onwards, several technical rulings were issued by the Brazilian Accounting Pronouncement Committee (CPC), that regulated, fundamental accounting concepts, concerning revenue recognition, earnings, expenditures, losses, among others.

However, it was also established that any accounting modification on the relevant criteria would be tax neutral – as a result, tax effects from the concept adjustments would not be generated in a first moment. Whereas a transitory regime was enacted on 2009 to ensure the transition of the former accounting rules to the new ones, the enactment of Law # 12,973/2014 extinguished the so called 'Transitory Tax Regime', which, nevertheless, also still treated differently items in the accounting records as before and after the IFRS harmonization. Likewise, any future rules that brought modification in the accounting standards should be tax neutral as well and in accordance with the revenue tax treatment settled by tax legislation.

Meanwhile, in 2014 IFRS-15 was enacted, which regulated new standards to recognize the revenue from contracts with customers. Such aimed to establish the principles applicable for reporting in the financial statements concerning the nature, amount, term and uncertainty of revenue and cash flow arising from the contracts with customers.

In Brazil, this modification was introduced by CPC 47 – Revenue from Contracts with Customers – approved by the Brazilian Federal Accounting Council (CFC) and Brazilian Securities Exchange Commission (CVM) in December 2016, with effects from January 2018 onwards. This new CPC 47 revoked the CPC 30 and established principles of revenue for all companies in all activities that should be applied to most of contracts with customers. The exceptions are:

- Leasing contracts which are regulated by CPC 06 – Leasing Operations;
- Insurance contracts which are regulated by CPC 11 – Insurance Contracts;



Philipp Klose-Morero
Managing Partner
Rödl & Partner Latin America
philipp.klose-morero@roedl.pro
T (+55) 11 5094 6060



Michael Löb
Client Service Partner Tax & Corporate
Rödl & Partner São Paulo
michael.loeb@roedl.pro
T (+55) 11 5094 6067



Karen Steuer
LatAm-Coordinator & Tax Manager
Rödl & Partner São Paulo
karen.steuer@roedl.pro
T (+55) 11 5094 6073

Rödl & Partner*
 Av. Portugal, 38 - Brooklin
 04559-000 - São Paulo - SP/Brasil
 T (+55) 11 5094 6060
www.roedl.de/brasilien

Rödl & Partner

- Financial instruments and other rights or contract obligations which are regulated by CPC 48 – Financial Instruments; CPC 36 – Consolidated Statements; CPC 19 – Joint business; CPC – Segregated Statements; and CPC 18 – Investment in Subsidiaries, Affiliated and Joint Venture Businesses; and
- Non-monetary exchange amongst entities in the same field of business to facilitate sale to clients or potential clients.

The main purpose was to recognize the revenue to demonstrate that the transfer of goods or services to customers was carried out for an amount that accurately reflected the counterpart for which the entity expected to be entitled to. According to the IFRS, this recognition should observe a single, five-step based model to be applied to all contracts with customers, which can be summarized as follows:

- Identify the contracts with customers;
- Identify the performance obligations segregated in the contacts;
- Determine the price of the transaction;
- Allocate the price of transaction to the performance obligations segregated; and
- Recognize revenue whenever a performance obligation is fulfilled.

Practical impacts for the application of this revenue recognition would be:
 i. anticipation of revenue when compared to the former accounting criteria;
 ii. reclassification between revenue of services and revenue; iii. reduction of what was regarded as revenue, as it considers the evaluation of the effective price of the transaction (instead of the invoice issued for the service or product).

As currently the tax law sets forth the neutrality of potential impacts risen from adoption of new methods and criteria in the accounting rules, the Brazilian Federal Revenue Service (RFB) enacted Normative Instruction (IN) 1.771/2017, bringing guidance as to ensure the tax neutrality aimed by tax regulation, also indicating adjustments and procedures to be followed by companies. The main modifications can be summarized as follows:

- Items 1 and 2 of IN 1.771/2017 describe methods that were not modified for tax purposes, i.e. contract amendments, warranties not hired with insurance companies, variable counterparties, price allocation to performance obligations, among others. Such should be neutralized in the tax determination through an account named “gross revenue adjustment”.

- Gross revenue for tax determination purposes is defined by the Article 12 of Decree-Law 1.598/77, following determination of tax legislation¹. Any differences between the accounting and tax methods should be regarded in an explanatory note within the financial statements.
- Any revenue, cost or expense differences for the federal taxes purposes can be controlled by their global amount, provided that there is a specific control for each operation in which the difference between the new accounting methodology and the determined in the tax legislation is clarified.
- Additionally, under the non-cumulative regime, PIS/COFINS should also measure the potential effects of cancelled sales and unconditional discounts according to the former accounting criteria, which are accepted by tax regulations.
- The Social Contribution over Gross Revenue should also follow the gross revenue determination set forth by the tax legislation, deducting cancelled sales and unconditional sales.

It is worth mentioning that only federal tax impacts were treated in IN 1771/2017; there is no guidance on the determination of state and municipal taxes. Further, the modification on the revenue recognition and tax regulations that determines the tax neutrality demands that a wholehearted study to be compliant with the new rules. Finally, great discussion can be expected in the coming months concerning this matter, especially because it highlights the longstanding discussion of revenue and income concepts for tax purposes, once again.

*Autor der Publikationen *So geht's Besteuerung von Unternehmen in Brasilien* und *So geht's Buchhaltung in Brasilien*

¹ Art. 12. Gross revenue comprehends:
 I – the result of the sales of goods in own operations;
 II – the price for service rendering in general;
 III – the result earned in others' operations; and
 IV – the revenue of activity or main business purpose of the legal entity not listed in items I to III.

Rödl & Partner*
 Av. Portugal, 38 - Brooklin
 04559-000 - São Paulo - SP/Brasil
 T (+55) 11 5094 6060
www.roedl.de/brasilien

Rödl & Partner



Maria Lúcia Menezes Gadotti
 marialucia.gadotti@stussi-neves.com.br
 T (+55) 11 3093 6636

Stüssi-Neves Advogados*
 Rua Henrique Monteiro, 90 -
 10º andar
 05423-020 - São Paulo - SP/Brasil
 T (+55) 11 3093 6600
 F (+55) 11 3097 9130
www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

Die Unsicherheit bleibt: Keine Überprüfung der Entscheidungsleitsätze durch das TST (brasilianisches Bundesarbeitsgericht) und anderer offener Fragen vor dem Hintergrund der Arbeitsrechtsreform

Das Bundesarbeitsgericht hatte für den 06.02. eine Besprechung angesetzt, in der vor dem Hintergrund der Änderungen des Arbeitsgesetzbuchs durch die Gesetze 13429 und 13467 aus dem Jahr 2017 über Vorschläge für die Überprüfung der Leitsätze (súmulas) und Rechtsprechungsorientierungen diskutiert werden sollte. Die Erwartungen an diese Besprechung waren sehr hoch, da bezüglich der Fragen, wie die neuen Normen anzuwenden und zu interpretieren sind und für welche Verträge und Prozesse sie gelten, seit Erlass dieser Vorschriften und der Präsidentialverordnung MP 808 große Rechtsunsicherheit herrschte.

Leider wurde die Besprechung auf Antrag des Vorsitzenden der Kommission für Rechtsprechung und normative Präzedenzfälle, Richter Walmir Oliveira da Costa, mit dem Argument verlegt, dass die Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit des Artikels 702, Punkt I, "f" des brasilianischen Arbeitsgesetzbuchs (CLT), der das Verfahren für Änderung der Rechtsprechung des Gerichts behandelt, abgewartet werden soll.

Nach Ansicht des vorgenannten Richters verstößt das Gesetz Nr. 13467 gegen Artikel 99 Bundesverfassung, in dem die Unabhängigkeit der Gerichte festgeschrieben ist. Zunächst sei das TST für den Erlass interner Vorschriften für Entscheidungsleitsätze, Orientierungen und Präzedenzfälle zuständig. Darüber hinaus lebe aber auch der durch Artikel 4 des Gesetzes 7701/1988 widerrufenen Artikel 702 wieder in vollem Umfang auf, in welchem unter anderem die Zuständigkeit der Großen Kammer des TST für die Genehmigung von Entscheidungsleitsätzen der herrschenden Rechtsprechung in individuellen Rechtsstreitigkeiten und von Präzedenzfällen in kollektiven Rechtsstreitigkeiten vorgesehen sei.

Es sei Aufgabe der Rechtsprechungskommission, die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Artikels 702 CLT zu prüfen und der Großen Kammer des TST einen Vorschlag zu unterbreiten, der dann von letzterer geprüft werde. Erst nach diesen Maßnahmen könne der TST eine neue Sitzung anberaumen, um die Diskussion über die Überprüfung von Entscheidungsleitsätzen wieder aufzunehmen, weshalb die Definition des offiziellen Verständnisses des Gerichts in Bezug auf die Arbeitsrechtsreform vertagt werden müsse.

Dies ist jedoch noch nicht alles: es wurde bei dieser Gelegenheit auch die Schaffung einer Kommission vereinbart, die die Anwendbarkeit der erwähnten Gesetze im Hinblick auf materiell- und prozessrechtliche Aspekte prüfen soll. Mit anderen Worten soll geklärt werden, ob das neue Gesetz, wie in Artikel 2 der MP 808 vorgesehen, auf die geltenden Verträge anwendbar ist, was vom derzeitigen Vorsitzenden des TST, Richter Ives Gandra da Silva Martins Filho, verteidigt wird, der lediglich Ausnahmen für einige spezifische Fälle vorsieht, und auf die vor der Verkündung der betreffenden Gesetze verteilten oder laufenden Prozesse. Aus dieser Prüfung der Anwendbarkeit des neuen Gesetzes wird der Erlass einer Normativanweisung resultieren, die der Gesellschaft und der Rechtsprechung die von allen in der Hoffnung auf die Herstellung von Rechtssicherheit erwartete Antwort geben wird, wie das TST die ihnen zur Prüfung vorgelegten Fragen entscheidet.

Als wollte man diese Situation weiter mit Emotionen aufladen, wird sich der Vorsitz Ende Februar ändern, der Nachfolger ist Richter João Batista Brito Pereira.

Solange das TST nicht definiert hat, wo es hinsichtlich der relevanten Positionen steht, kann die Gesellschaft von Entscheidungen überrascht werden, in der die Anwendung des neuen Gesetzes (ganz oder teilweise) angenommen oder abgelehnt wird.

Einige akzeptieren einen Arbeitsprozessvertreter, der nicht angestellt ist, was nach Artikel 843, Abs. 3 CLT zulässig ist, andere nicht. Einige sprechen Prozesshonorare für Anwälte der Parteien in Klagen zu, die vor der Verabschiedung des Gesetzes 13467 geschäftsverteilt waren, andere lehnen diese in Klagen mit gleichen Charakteristiken zugunsten des Anwalts der Beklagten mit dem Argument ab, dass kein spezifischer Antrag in diesem Sinn gestellt wurde (wie soll ein Antrag gestellt werden, wenn es kein Gesetz gibt, dass das Thema in diesem Sinne regelt?). Einige argumentieren mit der Vermutung der Rechtswidrigkeit der Auslagerung der Kernaktivität und sanktionieren diese, andere wiederum vollstrecken gegen den Dienstleistungsempfänger, ohne die rechtlichen Mittel gegen die realen und formellen Arbeitnehmer und ihre Gesellschafter ausgeschöpft zu haben.

Der außergerichtliche Vergleich, der ein effizientes Werkzeug für die alternative Lösung von Konflikten darstellt, ist erheblich eingeschränkt, was auch für die ausdrücklich von den Parteien vereinbarte Möglichkeit gilt, den Arbeitsvertrag bzw. die Rechtsbeziehung zwischen den Parteien abschließend zu regeln. Das Justizzentrum für die Lösung individueller Konflikte (CEJUSC) des Landesarbeitsgerichts São Paulo bspw. hat Richtlinien für die Anerkennung von Vergleichen dieser Art erlassen und deren Anwendbarkeit und Gültigkeit beschränkt.

Die rechtliche Unsicherheit ist jedoch nicht nur auf den Prozessbereich beschränkt. Im materiellen Recht werden viele Unternehmen darüber im Unklaren gelassen, wie sie mit essenziellen Themen des Tagesgeschäfts umgehen sollen, wie bspw. mit Unternehmens- und Betriebstarifverträgen, die nach der neuen Gesetzgebung Vorrang vor dem Gesetz haben, mit der Zahlung bzw. dem Einbe-

Stüssi-Neves Advogados*
 Rua Henrique Monteiro, 90 -
 10º andar
 05423-020 - São Paulo - SP/Brasil
 T (+55) 11 3093 6600
 F (+55) 11 3097 9130
www.stussi-neves.com

Stüssi-Neves
Advogados

Stüssi-Neves Advogados*
 Rua Henrique Monteiro, 90 -
 10º andar
 05423-020 - São Paulo - SP/Brasil
 T (+55) 11 3093 6600
 F (+55) 11 3097 9130
www.stussi-neves.com

**Stüssi-Neves
 Advogados**

halt fakultativer Gewerkschaftsbeiträge für die wirtschaftlichen und beruflichen Kategorien, oder auch die Implementierung individueller Überstunden- oder Gleitzeitkonten oder die Zahlung von Boni, auf die keine Sozialabgaben anfallen.

Da Artikel 468 CLT nicht geändert wurde, empfehlen wir, bei jeglicher Änderung des Vorgehens Vorsicht walten zu lassen, insbesondere dann, wenn solche Änderungen Arbeitnehmerrechte beeinträchtigen können, da die Möglichkeit besteht, dass der betreffende Akt - selbst wenn er bilateral geregelt wurde - als nichtig angesehen wird, wenn der Arbeitnehmer dadurch direkt oder indirekt Nachteile erleidet.

*Autor der Publikationen *So geht's Ihr Einstieg in Brasilien* und *So geht's Arbeitsrecht in Brasilien*

Brasilianische Kreditsicherheiten bei internationalen Kreditgeschäften

Die Globalisierung hat dazu geführt, dass die Geschäfte sich über die ganze Welt verbreitet und die Unternehmen sich in großen Konzerne organisiert haben. Häufig werden in vielen verschiedenen Ländern Tochtergesellschaften gegründet, u.a. in Brasilien.

Um über Geld für Investitionen, spezielle Projekte, M&A-Geschäfte usw. verfügen zu können, nehmen diese großen Konzerne manchmal Kredite bei Banken auf. Da bei solchen Geschäften sowohl die Werte als auch die Kreditrisiken sehr relevant sind, werden komplexe Kreditverträge geschlossen, bei denen viele Banken den Kredit geben und viele Konzernunternehmen nicht nur als Kreditnehmer, sondern auch als Sicherungsgeber auftreten. Die Kreditsicherheiten dienen der Verminderung des Kreditrisikos und können verschiedenen Rechtsgeschäften entsprechen, z.B. Bürgschaft, Hypothek oder Pfandrecht. Die Sicherungsverträge regeln die Stellung derartiger Kreditsicherheiten.

Aus der Sicht der in verschiedenen Ländern ansässigen Tochtergesellschaften werden diese Kreditverträge in der Regel im Ausland vereinbart. In Bezug auf die Sicherheiten müssen dennoch auch die Gesetze der Sicherungsgeberstaaten berücksichtigt werden. Im folgenden Text werden einige Kreditsicherheiten im Hinblick auf die brasilianischen Gesetze analysiert.

Allgemeine Regeln über das internationale Privatrecht finden sich im Einführungsgesetz in das brasilianische Recht, u.a. die folgenden: (i) in Bezug auf Sachen muss das Gesetz des Landes, in dem sich die Sachen befinden, angewandt werden; (ii) das Pfandrecht wird durch das Gesetz des Wohnsitzes der Person, die die Sache besitzt, geregelt; (iii) die Schulden werden von dem Gesetz des Landes geregelt, in dem sie begründet wurden..

Die Einhaltung dieser oben genannten Regeln ist eine der Herausforderungen für die Gültigkeit und die Vollstreckung der Kreditsicherheiten in Brasilien.

Im Unterschied zu anderen Ländern wird im brasilianischen Recht nicht ausdrücklich verhindert, dass ein Unternehmen sein ganzes Eigentum als Rechtssicherheit begibt. Es existieren auch keine Begrenzungen für die Werte solcher Kreditsicherheiten im Vergleich zum Kapital oder zum Vermögenswert der brasilianischen Gesellschaft. Das gilt auch für Kreditgeschäfte, in denen die brasilianische Gesellschaft kein Kreditnehmer ist, sondern nur als Sicherungsgeber handelt.

Natürlich muss man berücksichtigen, dass der Gesellschaftsvertreter für die Stellung einer Kreditsicherheit spezielle Vollmachten benötigt, welche die Gesellschafter durch einen Beschluss ausstellen müssen. Außerdem muss



Renata A. Pisaneschi
rpisaneschi@machadoassociados.com.br



Mirella da C. Andreola de Almeida
malmeida@machadoassociados.com.br

Machado Associados
 Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656 –
 11º. andar
 01451-918 - São Paulo - SP/Brasil
 T (+55) 11 3819 4855
www.machadoassociados.com.br



Machado Associados

Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656 –
11º. andar
01451-918 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3819 4855
www.machadoassociados.com.br



der Gesellschaftsvertreter der Gesellschaft gegenüber seine üblichen Pflichten ausüben, damit er nicht persönlich haftet. Allerdings muss die brasilianische Gesellschaft, um ihre Interessen und die Leistung der Sicherung zu begründen, von dem Kredit mindestens indirekt profitieren.

Weiterhin sollte unbedingt erwähnt werden, dass die brasilianischen thin capitalization rules (Regeln zur Bekämpfung der unzureichenden Kapitalausstattung) nur dann angewandt werden, wenn (i) der Gläubiger eine verbundene Partei ist, (ii) der Gläubiger in einem Steuerparadies ansässig ist, (iii) der Gläubiger einem privilegierten Steuerregime unterliegt oder (iv) eine ausländische verbundene Partei in einem Kreditgeschäft zwischen der brasilianischen Gesellschaft und einer dritten Partei eine Kreditsicherheit stellt. In diesen Fällen dürfen die von der brasilianischen Gesellschaft bezahlten Zinsen als Ausgaben für steuerrechtliche Zwecke abgezogen werden, allerdings unter der Voraussetzung, dass das Verhältnis von Fremdkapital und Eigenkapital in der brasilianischen Gesellschaft 2 zu 1 (bzw. 0,3 zu 1 für Steuerparadiese und privilegiertes Steuerregime) beträgt.

Die wichtigsten Rechtsgeschäfte, die in Brasilien als Kreditsicherheit benutzt werden, sind im brasilianischen Zivilgesetzbuch und anderen Gesetzen geregelt.

Die Bürgschaft ist eine persönliche Rechtssicherheit, bei der eine Person die Pflicht des Schuldners erfüllt, wenn dieser sie nicht erfüllt. Normalerweise stellen die Gesellschafter eine Bürgschaft für die Kredite, welche die von ihnen kontrollierte Gesellschaft aufgenommen hat. Das Gegenteil ist nicht üblich (obwohl es im brasilianischen Recht nicht verboten ist), nämlich dass Tochtergesellschaften Bürgschaften für die von ihren Muttergesellschaften aufgenommenen Kredite stellen.

Das Pfandrecht und die Hypotheken sind sogenannte Realsicherheiten und betreffen das Eigentum der Sicherheitsgebers. In Bezug auf Rechte und bewegliche Sachen kann das Pfandrecht angewandt werden, während Immobilien unter das Hypothekenrecht fallen. Bei der Verpfändung bleibt der Schuldner der Eigentümer, der Gläubiger behält den Besitz der Sache. Das Gesetz erlaubt, dass der Schuldner den unmittelbaren Besitz der Sachen behält, wenn es sich um die Verpfändung u.a. von Maschinen und Fahrzeugen handelt. Bei der Hypothek darf der Schuldner im Besitz der Immobilien verbleiben.

Die Sicherungsabrede, die eine Verpfändung bzw. Hypothek stellt, muss schriftliche Form haben und registriert werden. Die Registrierung der Verpfändung von Rechten und allgemeinen Sachen erfolgt im öffentlichen Urkunden- und Dokumentenregister. Die Verpfändung von industriellen Maschinen, bäuerlicher Produktion und die Hypothek von Immobilien wird im Immobilienregister registriert.

Eine andere Art von Kreditsicherheit, die sehr häufig benutzt wird, ist die Sicherungsübereignung, die ein treuhänderisches Geschäft ist und im brasilianischen Recht bewegliche oder unbewegliche Sachen betreffen kann. Durch diesen Vertrag überträgt der Schuldner dem Gläubiger das Eigentum an der Sache mit der Verpflichtung zur Rückübertragung, sobald die Schuld erfüllt wird.

Im Gegensatz zum Pfandrecht oder zur Hypothek wird der Gläubiger der Eigentümer der Sache, und der Schuldner behält deren unmittelbaren Besitz. Gemäß dem brasilianischen Gesetz muss der entsprechende Vertrag schriftlich vereinbart und im öffentlichen Urkunden- und Dokumentenregister registriert werden (die Sicherungsübereignung von Fahrzeugen wird ausnahmsweise im Fahrzeugregister registriert).

Aus der Perspektive des Gläubigers ist die Sicherungsübereignung im Vergleich zum Pfandrecht und zur Hypothek praktischer, da er das Eigentum an der Sache hat und zur Vollstreckung der Sicherung Maßnahmen durchführen kann, um den unmittelbaren Besitz zu erlangen. Der Schuldner haftet als Verwahrer der Sache und muss dafür Sorge tragen, dass die Sache nicht untergeht.

Die Vollstreckung einer Sicherungsübereignung als auch einer Verpfändung oder Hypothek verlangt, dass die Sache bei einer gerichtlichen Zwangsversteigerung verkauft wird oder der Gläubiger einen freiwilligen Verkauf vereinbart. In beiden Fällen darf der Gläubiger nur die Verkaufserlöse erhalten und nicht die Sache selbst.

Bei internationalen Kreditgeschäften, bei denen brasilianische Parteien als Sicherungsgeber handeln, werden sehr oft die oben genannten Kreditsicherheiten vereinbart. Die Vollstreckung ausländischer Urteile in Brasilien muss vorher ein amtliches Beglaubigungsverfahren beim brasilianischen Oberen Gerichtshof (Superior Tribunal de Justiça) durchlaufen. Erst dann kann der Gläubiger in Brasilien die brasilianische Sachen umfassenden Sicherheiten vollstrecken.

Auch wenn die Vollstreckung in Brasilien länger als in anderen Ländern dauern kann, werden die brasilianischen Tochtergesellschaften internationaler Konzerne in Kreditverträgen nicht nur als Kreditnehmer, sondern auch als Sicherheitsgeber mit einbezogen. In diesen Fällen müssen sie die Bedingungen der Kreditverträge und der Sicherheitsverträge sorgfältig untersuchen und verstehen, damit sie in der Lage sind, ihre Sicherheitspflichten zu begründen und erfüllen.

Machado Associados

Av. Brigadeiro Faria Lima, 1656 –
11º. andar
01451-918 - São Paulo - SP/Brasil
T (+55) 11 3819 4855
www.machadoassociados.com.br





Luís Eduardo Queiroz
equeiroz@zilveti.com.br



Daniel Nocetti
dnocetti@zilveti.com.br

Zilveti Advogados
Av. Angélica, 2.447, 18º andar
01227-200
São Paulo/SP
T (+55) 11 3254 5500
F (+55) 11 3254 5501
www.zilveti.com.br



Attorney-General Office of the National Treasury changes collection methods of Brazilian federal tax debts

The Brazilian Federal Government published on January 2018 Law n. 13,606 to provide a new procedure known as pre-enforcement garnishment registration, changing Law 10,522/2002. This new provision also attributed to the National Treasury the responsibility of regulating articles 20-B, 20-C and 20-D (vetoed) of Law 10,522/2002. This articles comprise the garnishment of assets without judicial authorization.

The Attorney-General Office of the National Treasury issued Ordinance n. 33/2018 to regulate these matters, by changing the procedures for the collection of federal tax debts, as well as establishing new criterias for submitting Applications for Registered Debt Revision, and allowing the advanced guarantee offering to the tax enforcement garnishment.

Previously to these changes, if a tax debt is not paid it would be enrolled as overdue federal tax liabilities and subsequently, the Federal Government starts the tax enforcement of this debt and only after procedure in place the debt must be guaranteed.

From now on the taxpayer will be notified to (i) within 5 days: (a) pay the monetarily restated debit amount plus interest, and other charges, (b) install payment of the full amount of the debt, in accordance with the legislation in force; or (ii) within 10 days (a) offer advance guarantee in tax enforcement; or (b) submit an Application for Review of Registered Debt. After that, the Attorney-General Office is allowed to take the following measures to guarantee the payment of the tax debt before the tax enforcement:

- Out-of-court tax debt protest
- Communication to Banks and Credit Score companies
- Registration of the tax debt at Notary's Office in order to proceed the advanced guarantee offering
- Conciliation attempt
- Penalties and charges to directors, board members and partners when dividends and profits are incorrectly paid
- Grant interruption for the provision of services to Public Entities

- Termination of tax benefits
- Registry suspension of legal entities
- Individual Taxpayer number suspension

Scholars and Lawyers are discussing that these procedures established by Law 13,606/2018 and Ordinance n. 33 illegally introduced a new intermediate stage in tax litigation, between the administrative and judicial phases, in which the taxpayer will have to face a forced levy even before of being prosecuted in the judiciary.

Besides the possibility of questioning these acts by the Attorney-General Office, the patrimonial constriction, protest of the debt, etc., would affect the regular transactions of individuals and legal entities in disrespect of Constitutional principles, such as due process of law, right to property, strict legality, etc.

Additionally, the Law of Tax Enforcements provides that the garnishment must happen in the legal courts before the judge mediation, verifying if acts of constriction are occurring within the limit of the law.

The discussion of these measures reached the Federal Supreme Court through three Direct Action of Unconstitutionality to consider the articles granting those allowances to the National Treasury to unilaterally make taxpayers' assets unavailable, by simply filling the overdue federal tax liabilities at Notary's registry of goods and rights subject to arrest and garnishment.

The regulation of the measure brings the deadline of 120 days for the beginning of the practice - not affecting, therefore, the taxpayers whom already/will be enrolled in overdue federal tax liabilities, until the middle of June of 2018.

Zilveti Advogados
Av. Angélica, 2.447, 18º andar
01227-200
São Paulo/SP
T (+55) 11 3254 5500
F (+55) 11 3254 5501
www.zilveti.com.br





Fabiana Nitta
fabiana.nitta@dobler.com.br



Camila Machado
camila.machado@dobler.com.br



Cintia Busse
cintia.busse@dobler.com.br

Sonia Marques Döbler
Advogados*
Rua Dona Maria Paula, 123
Edifício Main Offices - 19º andar
01319-001
São Paulo/SP
T (+55) 11 3105 7823
www.dobler.com.br



The Application of Confidentiality Agreements in Labor Relations

Preface:

Some time ago, the companies' concern with confidentiality towards their employees was basically limited to management positions or the ones with technical nature.

Nowadays, however, with day-to-day technology improvements, which allow information to circulate fast within the enterprise environment and, also, with the new formats of service, such as home-office, this concern became broader.

As a result, when, before, the confidentiality contracts were executed with directors, managers and technicians, it is now necessary to have this type of agreement in place with all the employees of the company.

The disclosure of any piece of information to which the employee has access in connection with or as a result of the employment is potentially harmful to the employee, either the composition of costs of a certain product, for example, or the strategy to be adopted by the company in an ongoing negotiation. For this reason, all possible precaution measures are recommended.

The issue becomes even more sensitive as it is directly linked with the company's position in the market towards its competitors.

Confidentiality Agreement:

The so-called "business secrets" are considered as property of the company and include, among others, technical, industrial, commercial and administrative data, as well as the employee's material and intellectual activities to the employer and any improvements developed by him. Consequently, the confidentiality agreements should cover all the business secrets of the company.

There is debate, however, about the duration of the conditions established in the confidentiality agreements. Would they be limited to the period while the employment agreement is in force or might endure even after its termination?

In principle, although the confidentiality obligations are inherent to the labor relationship and, thus, might be understood as being limited to the same period of time of the employment agreement, the understanding that currently prevails in doctrine and court decisions is in the sense that it may last even after the termination thereof, as long as the parties – employer and employee – contractually set a reasonable period of time.

Nevertheless, in any case, when the employee is hired by a new employer, he must respect the secrecy obligations assumed with the previous employer, no matter the period of time agreed upon for the endurance of the confidentiality restriction, under penalty of violation of the former employer's rights.

What about the social networks?

The use of the social networks is an increasing reality in the present days. Its use in the labor environment must be careful, because the information posted in the social networks tend to mirror real life.

It is not uncommon to see posts made by employees in their private profiles with information about the companies where they work or about their employers, many times, unauthorized. Depending on the type of information, this should also be protected by a confidentiality agreement.

Besides, the Brazilian laws do not have specific rules about the use, for example, of cell phones by the employees in the place of work, about the capture of photos or, yet, their posting in the social networks, being silent about the issue. Despite it, the employer may limit their use, by creating internal policies with rules for the use of cell phones, social networks, etc., whenever it has any relation with the employment.

Consequences from the violation to the confidentiality obligation:

So great is the relevance of the non-disclosure obligation that its violation by the employee may bring consequences in three different grounds: labor, civil and criminal.

In the labor grounds, the employee that breaches the employer's business secret may be dismissed with cause, as authorized by article 482, letter "g", of the Brazilian Consolidation of Labor Laws ("Consolidação das Leis do Trabalho").

On its turn, in the civil grounds, the employer may seek compensation for damages, if it comes to support any losses as a result of the employee's default in complying with its non-disclosure obligation.

Finally, in the criminal grounds, pursuant to 195, item XI, of the Law No. 9,279/96, the one that "discloses, exploits or uses, without authorization, confidential knowledge, information or data, usable in the industry, commerce or services, excluded the ones already available to the public or that are evident to an expert in the matter, to which it had access by means of a contractual or employment relationship" commits unfair competition crime, being subject to conviction of three (3) months to one (1) year custody or the payment of fine.

Sonia Marques Döbler
Advogados*
Rua Dona Maria Paula, 123
Edifício Main Offices - 19º andar
01319-001
São Paulo/SP
T (+55) 11 3105 7823
www.dobler.com.br



Sonia Marques Döbler

Advogados*

Rua Dona Maria Paula, 123
Edifício Main Offices - 19º andar
01319-001
São Paulo/SP
T (+55) 11 3105 7823
www.dobler.com.br

SONIA MARQUES
DÖBLER Advogados

Conclusion:

Therefore, even though the confidentiality obligation is inherent to the employment relationship, it is highly advisable to have the employee expressly engaged by the execution of a confidentiality agreement, whereby the employer will be able to outline, in detail, the aspects that it considers of more relevance and that shall be complied with by the employee, being the latter prevented from alleging unawareness in court, in the event of a judicial claim.

Besides, the companies may elaborate internal policies to embody the rules for the use of cell phones, social networks, serving not only as educative instruments to the employees, but also as additional means to prevent the unauthorized disclosure of the employer's confidential information.

* Autor der Publikation *"So geht's M&A in Brasilien"*

Alle Inhalte dieses Newsletters obliegen der Verantwortung der jeweiligen Autoren und wurden von diesen sorgfältig recherchiert.

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Inhalte übernimmt die Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer keine Gewähr.

Deutsch-Brasilianische Industrie- und Handelskammer São Paulo

Rua Verbo Divino, 1488 - 3º andar
04719-904 São Paulo - SP - Brasilien
T (0055 11) 5187-5216
F (0055 11) 5181-7013
E juridico@ahkbrasil.com

www.ahkbrasil.com